

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Rud. Möffe; in Leipzig: Eugen Kott, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 24. Jan. Oesterreich verlautete, daß zwischen den catholischen Ministern und dem Reichskanzler Grafen Beust in Folge der Rebe, welche letzterer vorgestern im Reichsrath gehalten, ernste Mißverständnisse entstanden seien; heute wird jedoch versichert, daß das Einvernehmen wieder hergestellt sei. Man erwartet, daß die Ergänzung des Cabinets noch im Laufe dieser Woche erfolgen wird. (N. Z.)

Genf, 24. Jan. In der heute stattgehabten Wahl zum Nationalrath ist Friedrich mit 2673 St. gewählt worden. Carl Vogt erhielt 2270 St. In Luzern ist der liberale Candidat Matt gewählt worden. (N. Z.)

Paris, 24. Jan. Nachrichten aus Creuzot von gestern Abend melden, daß fast sämtliche Arbeiter zu ihrer Beschäftigung zurückgekehrt sind und die übrigen dieselbe heute wieder aufnehmen werden; nur einige seien entschlossen — jedoch unter Vermeidung jeder Ruhestörung — beim Strike zu verharren. (N. Z.)

Liverpool, 24. Jan. In der hiesigen katholischen Kapelle entstand gestern durch Feuerlarm ein Gedränge, wobei 15 Menschen todtgebrüht wurden. (N. Z.)

## Was geht uns Ollivier an?

Pänger als ein halbes Jahrhundert hat Frankreich den Ton angegeben, in der Literatur, in der Mode, in der Politik, in der Sittlichkeit. Haben wir nicht unsere Aufklärung — die habe — der französischen — der ganzen — zu verdanken? Haben wir nicht ihrer halben unsere ganze Philosophie und wiederum ihrer radicalen unsere halbe Revolution zu verdanken? Haben wir nicht von ihnen ebenfalls unsere Polizei- und Militärstaat? Sind wir nicht alle Sansculotten geworden? Denn wer trägt noch Kniehosen? Wer hat nicht die Pantalons der Sansculotten an? Also wäre es denn auch wohl möglich, daß uns Ollivier nicht fremd bliebe, da ja sogar eine Bewegung in Gang gekommen ist, wenn auch erst jetzt, die Essenszeit der Franzosen nach der Geschäftszeit um 4 oder 5 anzunehmen.

Sie sehen, daß ich auf das Ministerium Ollivier mindestens eben so viel Gewicht lege, als auf die richtige Essenszeit und auf die Pantalons statt der Culotten.

Es würde dies wohl Jedermann thun, wenn er sich's nur klar machte, daß dies wirklich der Versuch ist, die Lage der Dinge ehrlich anzunehmen, den Willen des Landes zu thun:

Werst ohne Betrug  
Die Stimm' in den Krug.

und die Phantasie aufzugeben, den Schwindel, der nun einmal durchsicht und verurtheilt ist, fortzuführen. Daß Louis Napoleon gezwungen worden ist — denn freiwillig hätte er nimmer das Festsitzen in den Händen gegeben — friedlich eine solche Revolution sich vollziehen zu lassen, wie sie in der Zusammensetzung, den Erklärungen und Handlungen des neuen Ministeriums liegt, das ist eine Thatsache, deren Bedeutung nur der unterschätzen kann, der noch kein Politiker oder schon keiner mehr ist.

Wie weit wird dem Betrug der Beamtenwelt bei den Wahlen, wie weit wird der Gewalt durch die Armee ein Ende gemacht werden? das wissen wir noch nicht, daß es aber darauf ankommt, wissen und erklären die neuen Minister des „liberalen Kaiserreichs“ offen.

Die fremden Zeitungen haben freien Eingang, die Oppositionszeitung freien Vertrieb, Cautions- und Stempel sollen ermäßigt, die Jury in Preß-Angelegenheiten wieder hergestellt werden; von einer Verminderung der Armee durch Entziehung 4 weniger Rekruten hören wir; und — die Papiere steigen bei diesen Nachrichten, sie, die sonst immer zu fallen pflegten, wenn ein Schritt in der richtigen Richtung gethan wird.

Allerdings ist noch der Uebelstand vorhanden, daß die

## Stadt-Theater.

Zum Benefiz für den Capellmeister Herrn Denecke wurde Gläfers in früheren Jahren häufiger gehörte Oper „Des Adlers Horst“ gegeben. Diese Oper machte in den ersten dreißiger Jahren, zu der Zeit, als das frühere königliche Theater in Berlin, an dem der Componist damals Capellmeister war, einen Verein ausgezeichnete künstlerischer Kräfte aufzuweisen hatte (z. B. die Sängerin Hänel, den Tenoristen Holzmiller, den Bassisten Fischer, den Bassbuffo Spießer u. s. w.) viel Glück und fand bald eine weite Verbreitung. Zu jener Zeit nahm man es mit der übermäßigen Breite und Handlungsarmuth des Holtei'schen Libretto's nicht so genau und ließ sich genügen an den theils das Gemüth ansprechenden, theils heiter anmuthenden Scenen des Gebirgslebens, wie sich dieses in poetischer Verschönerung dem Geiste des Dichters darstellte. Aber solches idyllische Stillleben, durch drei lange Acte hingezogen, findet jetzt vor dem herrschenden Zeitgeschmacke weniger Gnade. Seit der pikante Auber und der originelle Meyerbeer, von dem in neuester Zeit reformirenden Wagner noch ganz abgesehen, der Oper eine durchaus veränderte, dem modernen Zeitgeiste entsprechende Richtung gegeben haben, hat ein Werk wie jene Holtei-Gläfersche Oper, deren dramatische Schwächen mit Händen zu greifen sind, allen Zauder verloren, um so mehr, als die Musik zwar von freundlicher Art und von einem schätzbaren soliden deutschen Wesen ist, aber eines höheren Schwunges und einer scharfen Charakteristik entbehrt, am wenigsten aber Bälle an sich trägt, welche auf Genialität des Componisten schließen lassen. Wir sehen hier das Mißverhältniß, daß diejenigen Personen, welche mehr zu sprechen, als zu singen haben, das meiste Interesse erregen, nämlich der alte Baudeuwirtz Renner und seine Ehegattin Veronika. Die Partie der Rose, dem Umfange nach und in Bezug auf die Handlung die größte in der Oper, gleicht im Grunde musikalisch nur wenig Bedeutendes und dazu kommt noch der Uebelstand,

Wahlen der Mehrheit zu einem großen Theil verfälscht sind; dabei muß man aber bedenken, daß gerade dies der liberalen Minorität und dem liberalen Theil des Ministeriums die Macht in die Hände giebt. Denn, sagen sie, stimmt ihr nicht mit uns, so lösen wir auf. Sodann ist zu bedenken, daß die Fiction, als sei wirklich die Mehrheit vertreten, im englischen Parlament eben so augenscheinlich ist. Sonst müßte es keine Pocket boroughs mehr geben und Herr Lowe könnte nicht Deputirter für Calne sein. Herr Lowe ist aber Chancellor of the Exchequer und so eine der bedeutendsten Figuren im Cabinet Gladstone-Bright.

Gut, also alles in allem ist die Neujahrswendung des Empires, das persönliche Regiment freiwillig aufzugeben, die Person des Kaisers zurücktreten und die Regierung an die Ministerien der Majorität übergehen zu lassen, ein eben so unerwarteter, als staatskluger Schritt.

„Wie gefällt Euch die neue gnädige Frau?“ „Wenn sie so bleibt, sind wir schon zufrieden.“ Das ist auch hier zu sagen.

Zuerst ist es ein großer Fortschritt, daß die Neujahrrede des Staatsoberhaupts in den Tulerien nicht an das diplomatische Corps, sondern hauptsächlich an die Deputirten gerichtet wurde, also Europa sein Vorrecht an die innere Entwicklung Frankreichs verlor. Sodann ist es ein noch größerer Fortschritt, daß Betrug und Gewalt gegen die lokale und legale Geltendmachung des Volkswillens aufgegeben werden sollen.

Wenn diese ganze Wendung nicht wieder zum Betrug herabgezogen wird, so ist das Ministerium Ollivier eine Epoche, die es sicherlich verdient, von denen wohl beherzigt zu werden, die ihre Weisheit sowohl als ihre Abergewissheit so gelehrig aus Paris geholt haben.

Die Engländer haben noch ihren Verdacht, — und wer sollte bei Louis Napoleons Vergangenheit den nicht haben? — aber hypothetisch gratuliren sie „unsern Nachbarn jenseits des Canals“. Und in demselben Sinne müssen wir uns ebenfalls aussprechen.

Das sollte uns aber nicht hindern, ehrlich nun auch unsererseits die constitutionellen Pantalons anzuziehen.

A. Kuge.

## 53. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Jan.

Auf der Tagesordnung steht folgender Gesetzentwurf: „In den Städten Rathenow, Schwebitz, Wriezen, Cottbus, Guben, Cüstrin, Landsberg a. W., Anklam, Eßlin, Straßburg, Bromberg, Oppeln, Neisse, Neustadt D. S., Frankenstein, Glas, Dels, Schweidnitz, Sagan, Jauer, Liegnitz, Glogau, Merseburg, Weiskensfeld, Wittenberg, Torgau, Elberfeld und Wesel wird mit dem 1. Juli 1870 die Klassensteuer an Stelle der Wahl- und Schlachtsteuer eingeführt.“ Die Finanz-Commission beantragt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, zugleich aber die Staatsregierung aufzufordern, bei Vorlegung des Etats pro 1871 einen Gesetzentwurf wegen vollständiger Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer vorzulegen.

Die Wahl- und Schlachtsteuer wurde ursprünglich in 132 Städten erhoben, von denen bis 1847 30 zur Klassensteuer übergingen. Diese Biffer verringerte sich auf 87 i. J. 1848 und auf 76 bis heute. (Frankfurt a. M. trat nach dem Kriege zu.) An der Spitze der letzten Liste steht Berlin mit 702,437 Einwohner, an ihrem Ende Graz mit 3775 Einwohner. Bei der Auswahl der 28 Städte, welche die neueste Vorlage aus der Liste zu streichen begehrt, waren maßgebend theils die großen Erhebungskosten (in 9 Städten 25—43 %), theils die starke Bevölkerung des äußeren Steuerbezirks der Städte. Wie dringlich die Aufhebung ist, beweist die Zunahme der Defraudationen in den bezeichneten 28 Städten mit 343,024 Einwohner: von 2494 i. J. 1865 auf 3571

daß sie in sehr tiefer Tonlage gehalten ist und den Primadonnen, die doch vorwiegend hohe Sopranistinnen sind, selten bequem liegt. Der dastere Förster Richard gehört zu den kleineren Bayreutherpartien und hat nur selten Gelegenheit, durchgreifend zu wirken, obgleich der Charakter der Rolle im Ganzen gut getroffen ist. Anton und Marie sind farblos und larmoyant. Beide scheinen nur die Bestimmung zu haben, die schwebende Handlung noch mehr ins Stocken zu bringen. Recht frisch und lebendig greift der lustige Pächter Cassian, in dem Trinkerzett auch sein Genosse Lazarus in das Ganze ein. Dieses zwar sehr leicht gehaltene, aber mit gutem Humor und populär wirkender Melodie ausgestattete Terzett, dann das hübsch erfundene Sextett mit der zwischen dem Vater Renner und der schwer gekränkten Veronika spielenden Satan-Katastrophe — also die Gipfelpunkte der heiteren Seite der Oper — sind entschieden die hervorsteckendsten Momente, welche bei guter Darstellung auch dem heute so verwöhnten Publikum noch gefallen werden. Dieses Sextett fand auch bei der diesmaligen Vorstellung der Oper eine freundliche Aufnahme, hauptsächlich durch den prächtigen Humor des weinseligen Vater Renner (Herr Fischer) und durch die gemüthvolle Darstellung der Veronika durch Fr. Fischer. Dagegen blieb das Trinkerzett hinter früheren Aufführungen zurück, weil die Oberstimme des Cassian nicht mit erforderlicher Tonstärke durchgriff. Fr. v. Tellini (Rose) schien, abgesehen von der zu tiefen Tonlage für den hohen Sopran dieser Sängerin, an einer Indisposition der Stimme zu leiden, welche namentlich eine tadellose Reinheit verhinderte. Im Uebrigen war der rühmliche Eifer, den Fr. v. T. allen ihren Rollen zu Theil werden läßt, nicht zu vermissen, obgleich die Natur dieser Rolle eine Art der Hingabe hehmt, für die eine junge Sängerin kaum das volle Verständnis haben kann. Hr. Hübsam gab dem Richard ein ausdrucksvolles Gepräge, sowohl in der ersten Arie, wie in den Scenen des letzten Actes. Fr. Winkler sang den wenig

i. J. 1868, d. h. auf je 17 Haushaltungen 1 Wahl- oder Schlachtsteuerprocent im Jahre!

Abg. v. Benda: Es ist erfreulich, daß die Regierung willig die Nachteile dieser Steuer anerkennt; zu bedauern ist nur, daß sie erst einen so kleinen Schritt zur Beseitigung gethan. Wichtig sei erst die Aufhebung der Steuer in den großen Städten. Schwerlich wird sie sich aber hier durchführen lassen, ohne daß man den Städten einen Theil der Gebäudesteuer zurückgibt. Dies werde nur möglich sein, wenn man eine Revision der Einkommensteuer vornehme. Redner hofft, daß bis 1871 diese stattgefunden und die Wahl- und Schlachtsteuer überall aufgehoben sein wird. — Abg. L. we schließt sich diesem Wunsche an. Die Schwierigkeiten einer Steuerreform sind durch unsere eigenthümlichen Verfassungsverhältnisse bedeutend größer geworden, als sie vor 1866 waren; sie kann uns jetzt nur vom Reichstag und Bollparlament möglich gemacht werden. Die Einkommensteuer würde uns, ohne die Gerechtigkeit zu beeinträchtigen, große Mittel zur Verfügung stellen, aber ihre Rectification mit einer bedeutenden Erhöhung der Steuer verbunden sein. Diese Mehreinnahme könnten wir der Regierung nur zugestehen, wenn sie in die Quotification der Steuer willigte. Redner weist im Speciellen nach, wie nachtheilig die Wahlsteuer auf die Mehlfabrikation, wie schlecht ferner z. B. Berlin in Folge der Schlacht- und Wahlsteuer verproviantirt werde. — Abg. Großke bestritt, daß die Nachteile dieser Steuer wesentlich größer seien als die einer anderen, und erklärte sich gegen die zwangsweise Aufhebung. Man möge es den theilhaftigen Städten selbst überlassen, damit vorzugehen. — Der Finanzminister versichert, daß die Regierung diese Vorlage als den ersten, nicht als den letzten Schritt ansehe; sie wird diesen Weg der Reform mit aufrichtigem Willen weiter zu machen bestrebt sein. Dennoch könne sie nicht in Aussicht stellen, daß es damit so schnell gehen würde. Man müsse dabei die individuellen Verhältnisse der einzelnen Städte ins Auge fassen, ein gewisses Mißgefühl für die Schwierigkeiten haben, mit welchen die städtische Verwaltung zu kämpfen habe. Das Verdienst dieser Vorlage komme dem früheren Finanzminister zu. In Zukunft werden wir diese Untersuchungen fortsetzen und nicht bloß auf die kleinen Städte beschränken. Dabei wird die Staatsregierung künftig davon ausgehen, wie sie das auch in dieser Vorlage schon gethan hat, daß sie den Widerspruch städtischer Behörden nicht als entscheidend betrachtet (Bravo!); sie wird natürlich eine billige Rücksicht auf die Bedürfnisse der Stadt nehmen, aber sie kann die Beibehaltung einer solchen Steuerreform von dem Widerspruch der Städte allein nicht abhängig machen lassen. Ich bitte Sie, den Termin für die Ausführung dieser Steuerreform nicht hinauszuschieben (Bravo!), den Entwurf unverändert anzunehmen, keine neuen Städte hinzuzufügen und von den bezeichneten keine zu streichen. — Abg. Dr. Virchow: Es ist erfreulich, daß richtige Grundsätze allmählig zu größerer Anerkennung gelangen, und es ist in dieser Hinsicht bezeichnend für unsere Situation, daß gegenwärtig von der rechten Seite des Hauses Anträge kommen, welche genau dasselbe sagen, was sie noch vor 2 Jahren mit einer gewissen Empfindlichkeit zurückgewiesen. Das ist ein klarer Sieg, den wir errungen haben, und an der besseren Erkenntnis der Staatsregierung sind auch wir nicht ganz ohne Antheil gewesen. Wir haben namentlich immer die zwangsweise Beseitigung befürwortet. Nicht die städtischen Behörden, sondern die steuerzahlenden Einwohner der Städte sind die eigentlichen Theilhaftigen, und wir dürfen uns daher gar nicht wundern, wenn Erstere sich mit der Aufhebung dieser Steuer wenig befremden können. Auf die sehr unklaren Ueberzeugungen der Lokalbehörden können wir keinen erheblichen Werth legen. Selbst in Berlin haben die städtischen Behörden bald nach dieser, bald nach jener Richtung hin geschwankt. Der Grund dieser Unsicherheit hat immer

anwesenden Part der Marie mit Geschick, auch Hr. Grifa bemühte sich, dem nicht eben interessanten Anton musikalisch gerecht zu werden.

Markull.

\* Der im Bureau der deutschen Rettungs-Gesellschaft zusammengestellte Schiffsbruch-Bericht für das verflossene Jahr ist so eben ausgegeben worden. Die Schrift enthält ein recht reiches Material zur Beurtheilung der vor unseren Küsten sich ereignenden Seesunfälle und der Anstrengungen, die zur Rettung von Menschenleben gemacht sind, sei es von Stationen zur Rettung Schiffsbrüchiger, sei es auf andere Weise. Nach den statistischen Tabellen dieser Publication — leider fehlt noch eine offizielle deutsche Schiffsbruch-Statistik — verunglückten seit dem Bestehen der genannten Gesellschaft, von 1866 bis 1869, in der Nordsee 234, in der Ostsee 204, im Ganzen 438, darunter 217 deutsche Schiffe. Auf jenen Schiffen befanden sich 2495 Personen, von denen nachweislich 193 umgekommen sind. Die vorliegende Schrift bezieht sich natürlich besonders auf den Rettungsdienst an den Küsten; sie bespricht in eingehender Weise die versuchten und vollbrachten Rettungen, besonders das Verhalten der Rettungsstationen. Durch deutsche Rettungsanstalten wurden seit 1866 396 Menschen durch künstliche Rettungsmittel der Lebensgefahr entzogen. (Im J. 1869 wurden an unserm Strand gerettet: am 3. Sept. durch das Neufahrwasser Rettungsboot 5 Personen von dem engl. Schoner Standard, Capitän Jones; am 3. Sept. durch den Raketen-Apparat von Steegen 3 Personen von der dänischen Ruff Margarethe, Capitän Olsen; am 24. Sept. durch das Neufahrwasser Rettungsboot 5 Personen von der norwegischen Zacht Activ, Capitän Mathsen.) Gewiß wird die Schrift, die zur Vertheilung unter die Mitglieder der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger bestimmt ist, dazu beitragen, das Interesse für das deutsche Rettungswesen noch zu halten und dem edeln Zwecke neue Mitarbeiter zuzuführen.



nur in der Frage gelegen: was soll an die Stelle der Wahl- und Schlachtsteuer treten? Derselbe Gedanke durchzieht auch die Motive der Regierung, wenn sie dabei auch eine Verminderung der Ausgaben der Städte für möglich halten, so weiß der Hr. Finanzminister ja selber, daß die Städte seit Jahren, namentlich für den Unterricht, so enorme Aufwendungen machen müssen, daß an eine Verminderung der Ausgaben gar nicht zu denken ist. Der Grund davon liegt darin, daß der Staat selber für diese Zwecke kein Geld hat. Die ausgezeichneten Erfolge, die der Cultusminister neulich in Bezug auf das höhere Unterrichtswesen constatirt hat und die ihm sogar eine Belobigung Seitens des Königs eingetragen haben, sind wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Städte in immer höherem Maße ihre Angehörigen für Schulzwecke besteuern, am wenigsten aber den Bemühungen des Hrn. Cultusministers. (Sehr richtig!) Hätte dieser auch nur das geringste Verdienst in dieser Sache in Anspruch zu nehmen, dann hätten vielleicht die Städte mit ihren alten Summen auskommen können; da sie aber von ihm sich gänzlich im Stiche gelassen haben, so konnten sie nicht anders, als der in Folge des schnellen Anwachsens der Bevölkerung nöthig werdenden Vermehrung der Schulen mit Erhöhung der Steuern Genüge zu leisten. Als Ersatz für die Wahl- und Schlachtsteuer wird meiner Meinung nach am besten sich eine besondere städtische Einkommensteuer empfehlen. In Berlin hat man den ersten Schritt damit sehr glücklich überwunden, in Berlin erscheint damit das Problem: was sehen wir an Stelle der Wahl- und Schlachtsteuer? als ein gelöstes. Die Wahl- und Schlachtsteuer wurde 1820 eingeführt mit als Tilgungsmittel für die Staatsschulden. Seitdem sie beschlossen haben, keine Staatsschulden mehr zu bezahlen, müssen Sie auch die Steuererlöse aufheben, die zur Sicherung der Amortisation dienen sollten.

In der Specialdiscussión empfiehlt der Abg. v. Kardorff das Tabakmonopol als Ersatz für die Schlacht- und Wahlsteuer. Es verschafft uns 15 bis 20 Millionen Einnahmen, wir können unser ganzes Steuersystem reformiren, die directen Steuern quotifiziren und contingentiren und unser ganzes Budgetrecht revidiren. Die Abgg. Wachler und v. Mischke-Collande befürworten, daß das Gesetz erst am 1. Juli 1871 in Kraft trete. Verschiedene Abgg. der Rechten, wie v. Kleist, v. Böttiger, Eichhorn, Koch u. A. sprechen dafür, einzelne der 28 im Gesetz aufgeführten Städte, wie Rathenow, Stralsund, Dppeln u. zu streichen, d. h. ihnen die Wahl- und Schlachtsteuer zu lassen. Dies wird bei jeder einzelnen Stadt theils vom Ref. Richter, theils vom Reg.-Comm. Burg-hart bekämpft. Ferner beantragen die Abgg. Rohland und Schröder in den Entwurf noch die Städte Königsberg i. N., Raumburg a. d. S. und Reiz aufzunehmen. — In der Abstimmung werden sämmtliche auf Streichung einzelner Städte gerichtete Amendements abgelehnt, dagegen die Anträge auf Aufnahme der Städte Königsberg i. N., Raumburg a. d. S. und Reiz und hierauf mit dieser Modifikation das ganze Gesetz angenommen. Desgleichen die von der Finanz-Commission beantragte Resolution. — Nächste Sitzung: Dienstag.

\* **Berlin**, 24. Jan. Da der König von seinem Unwohlsein noch nicht völlig genesen ist und der Schouung bedarf, so konnte er dem Ordensfest nur während des Actes der Ordensverfändigung beiwohnen. Noch vor dem Essen entfernte er sich. Zu diesem Essen waren 1000 Personen geladen, weil das 60. Ordensfest besonders festlich begangen werden sollte. Das Volk nahm an dieser Feier keinen Antheil. An dem Schloßportal standen nur wenige Menschen, so daß die dort aufgestellten Schugleute sich sehr langweilten. — Wegen des Unwohlseins des Königs hat auch die Deputation der Waldenburger Bergleute keine Audienz beim Könige erhalten. Sie wurde dagegen von dem Kronprinzen und dem Handelsminister empfangen. Der Erstere drückte seine Freude aus, die Deputation bei sich zu sehen, bedauerte jedoch, auf die Vorstellung derselben nicht eingehen zu können, so lange nicht der König sich darüber geäußert habe. Der Handelsminister Graf Zepplig erklärte gleichfalls der Deputation, nichts in der Strife-Angelegenheit thun zu können, da nichts weiter als ein Streit über ein Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vorliege, in den sich die Regierung nicht zu mischen habe. — Die Deputation, welche am Sonntag Abend in die Heimath zurückkehrte, sprach im Laufe des Nachmittags noch bei mehreren Abgeordneten vor, war auch bei der gestern Vormittag im Breitscheiderschen Saale abgehaltenen allgemeinen Arbeiterversammlung anwesend und berichtete dort über ihren Empfang beim Kronprinzen und dem Handelsminister. Als diese Versammlung ihren Unwillen darüber zu erkennen gab, daß der König die Deputation nicht empfangen habe, erklärte der überwachende Polizeileutnant, daß er zur Auflösung schreiten müsse, wenn die Person des Königs in die Debatte gezogen würde. — Die Versammlung, von der sich die Schweizerlinge fern hielten, erklärte das Verhalten der Regierung in der Waldenburger Sache für unpolitisch angesichts der in Frankreich emporlodenden Revolution, da diese Haltung die Opposition gegen das ganze heutige Regierungssystem verschärfen müsse. Sie fügte hinzu, daß die Abgeordneten, welche bei der Interpellation für die Grubenbesitzer eingetreten wären und damit das Coalitionsrecht der Arbeiter verletzt hätten, zu bedauern seien.

Das Gerücht von dem Eintritt des Hrn. v. Fordenbed in das Ministerium ist der „Schlef. Stg.“ zufolge durch die häufigen Unterredungen entstanden, welche Hr. v. Fordenbed in der letzten Zeit mit dem Minister des Innern in Betreff der Kreisordnung gehabt hat. — Der Vorschlag einer Noth-Kreisordnung ging, wie die „Zukunft“ berichtet, von Hrn. v. Fordenbed aus. Er legte denselben der Vertrauenscommission am Freitag vor, fand jedoch damit wenig Anklang. Gleichwohl hat Hr. v. Fordenbed sich vorbehalten, wieder darauf zurückzukommen. — Wie die „BAC.“ berichtet, ist es in dieser Commission zu gar keiner Annäherung gekommen, sondern der Wortführer der conservativen Partei hat, ohne Widerspruch aus ihrer Mitte, die königliche Ernennung des Amtshauptmannes als die unerläßliche Bedingung der Reform der Kreisordnung bezeichnet, und die Regierung hat den Standpunkt gut geheßen. Auf diese Haltung haben die Liberalen gezeigend geantwortet, indem sie ihre Anschauungen über den Amtsbezirk und dessen Vertretung zum Ausdruck brachten. Es war kein Interesse vorhanden, die Forderung des höhern Communalbezirks zu vertreten, so lange hiervon keine Förderung für den übrigen Inhalt der Kreisordnung zu erwarten war. Die liberale Partei wird hieran festhalten, da diese Ansichten zu ihrem Programm gehören. Wenn aus der Gemeindeordnung und aus der Organisation der ländlichen Polizei die Schöpfung einer neuen Amtsstelle, die Amtshauptmannschaft, in die Kreisordnung aufgenommen wird, so gebietet die Consequenz

und die Vorsicht, an eine dauerhafte Schöpfung zu denken, welche den bureaukratisch-aristokratischen Character der Ernennung überflüssig und die im Gemeindeprincip wurzelnde Wahl möglich macht. Die Regierung hätte dies vorher wissen müssen. Jetzt hat sie ihre Entscheidung zu treffen und zwischen den Parteien zu wählen, auf die sie sich künftig stützen will. Will die Regierung eine brauchbare Reform der Kreisordnung noch in dieser Session erzielen, die Gesetze über die Landgemeinde-Ordnung und die Umgestaltung der ländlichen Polizei aber demnächst zur Verathung stellen, so ist noch jetzt die Verständigung nicht ausgeschlossen. Wenn dagegen, wie die Conservativen wollen, die Schöpfung des obriktlich ernannten Amtshauptmanns gewissermaßen den Preis bilden soll, um welchen die Reform der Kreisordnung zu haben, so ist jede Hoffnung auf ein practisches Ergebnis für diese Session verloren. Das Abgeordnetenhaus hat jetzt abgelehnt, was die Liberalen einstimmig für eine schwere Gefahr halten. Das weitere Verhandeln über positive Ergebnisse hängt von dem Verhalten der Regierung ab, welche nunmehr entschiedene Stellung nehmen muß.

— Aus Bunsens Papieren haben die „Preussischen Jahrbücher“ einen interessanten Beitrag zur Geschichte der deutschen Kleinstaaten geliefert. Im Jahre 1849 berichtete der englische Gesandte in Hannover nach London, der hannoversche Minister Graf Bennigsen habe ihm folgendes mitgetheilt: Hannover sei auf das Bündniß mit Preußen in der deutschen Angelegenheit keineswegs in gutem Glauben, vielmehr lediglich in der Erwartung eingegangen, daß zuletzt aus der ganzen Sache doch nichts herauskommen werde. Inzwischen habe man doch zweierlei erlangt: 1) daß man dem Volke den Glauben beigebracht, man wolle ernstlich die deutsche Einheit, und 2) daß man gerade durch das Bündniß mit Preußen den Preußenhaß im eigenen Lande, der bereits im Verfließen gewesen, wieder angefaßt habe. Bunsen macht dazu folgende Bemerkung: „Welch tiefe Verachtung muß ein auswärtiges Cabinet gegen solche deutsche Höfe empfinden, welche mit ihrem Verrath prahlen und sich durch das Geklämm der Treulosigkeit gegen Veracht unwürdiger Schwäche vertheidigen! Und welches Mitleid über Pläne deutscher Einheit, welche auf redliche Mitwirkung solcher deutschen Könige gegründet werden sollten?“

— [Marine.] Die Kgl. Schrauben-Corvette „Hertha“ ist am 7. d. von Aden nach Point de Galle (Ceylon) in See gegangen.

\* **England**, London, 22. Jan. Die Minister haben ihre Ferien beendet; sie sind seit gestern in der Stadt und haben bereits eine Verathung gehalten. Es scheint übrigens nicht, als wenn die Opposition in der nächsten Session einen ernstlichen Kampf versuchen wird. — Das Abkommen, welches zwischen den beiden älteren transatlantischen Telegraphen-Gesellschaften und der französischen Kabel-Compagnie zu Stande kam, wird nicht vermögen, sie gegen alle Concurrenz zu schützen. Den Amerikanern scheint es ernstlich darum zu thun zu sein, ein eigenes Kabel zu besitzen. Schon ist eine Actien-Gesellschaft in New-York fertig, die angeblich das erforderliche Capital gezeichnet hat, und daß Portugal schon vor längerer Zeit einigen amerikanischen Herren die Concession zur Landung eines Kabels auf den Azoren gegeben, ist bekannte Sache. Von den Azoren soll nun ein zweites Kabel bis in den Canal heraus nach Brighton gelegt werden, wofür es sich in zwei Leitungen spalten würde, von denen die eine nach dem Haag, die andere nach Havre bestimmt ist. Dadurch bekämen Deutschland, England und Frankreich eine neue telegraphische Verbindung mit Amerika, doch fragt es sich vor Allem, wie es mit der Landung des Kabels an der französischen Küste stehen werde, nachdem die bestehende französische Kabel-Gesellschaft ein ausschließliches Monopol der kaiserlichen Regierung besitzt. Wofern nicht ein Compromiß zuwege gebracht wird, werden die Amerikaner ihrerseits jenes einseitige Monopol schwerlich in Ehren halten.

\* **Frankreich**, Paris, 22. Jan. Das Suchtpolizeigerecht hat Nothfort die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt; das Mandat desselben wird also durch den Urtheilsspruch nicht berührt. Um den Verurtheilten zu der verhängten Gefängnißstrafe zu bringen, mußte die Regierung noch einmal die Zustimmung der Kammer einholen. Man nimmt aber an, daß mit dem neuen Preßgesetz, das man in 2-3 Wochen fertig erwartet, eine Amnestie für alle nach dem früheren Verfahren verfolgten Verurtheilungen erlassen werden wird. Damit wäre dann auch diese Angelegenheit aus der Welt geschafft. Die Böse bekräftigte die Verurtheilung Nothforts mit einer bedeutenden Haufe. — Das Preßgesetz ist heute zum dritten Male vor dem Staatsrath. Die Hauptbestimmungen der Vorlage in ihrer jetzigen Fassung sind die Ueberweisung aller Preßvergehen und -Verbrechen an die Jussen unter Zuziehung der Geschworenen, mit Ausnahme der gegen Privatleute gerichteten Vergehen, wie Beleidigungen, Verleumdungen u. s. w. die vor das gewöhnliche Suchtpolizeigerecht kommen sollen. Diese letztere Bestimmung ist trotz der bereiten Einsprache des Prinzen Napoleon beibehalten worden, der zwischen den Preßvergehen, ob sie gegen Staat und Beamte oder gegen Privatleute begangen seien, keinen Unterschied gemacht sehen wollte. Dem Staatsrath ist gleichzeitig eine neue Vorlage über den Zeitungsstempel gemacht worden, welche denselben nicht ganz abschafft, sondern ihn nur vermindert. — Man spricht wieder von einer ziemlich weitgehenden Minister-Veränderung. Olivier soll nach wie vor das Haupt des Cabinets bleiben, aber die Herren Buffet, Darn und Louvet sollen durch Duvernois, Lagueronniere und Maupas ersetzt werden. Die Haltung der genannten Minister in der Handelsfrage würde als Vorwand dienen.

— 23. Jan. „Reveille“ veröffentlicht einen Brief Ledru Rollins, worin derselbe es ablehnt, die Vertretung der Familie Noir in dem Prozesse gegen den Prinzen Peter Bonaparte zu übernehmen, weil darin eine stillschweigende Anerkennung der kaiserlichen Richter liegen würde. — Dem Vernehmen nach ist zwischen der französischen und nordamerikanischen Postverwaltung das Abkommen getroffen, daß Briefe nach und von den beiderseitigen Ländern für 2 Cents (amerikanische) befördert werden. Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft wird die Beförderung der Briefe übernehmen.

\* **Italien**. Einem Telegramme englischer Blätter zufolge hätte Cardinal Antonelli in Erwiderung einer Depesche der französischen Regierung dem Votschaffter Frankreichs in Rom die Eröffnung gemacht, daß die päpstliche Regierung sich vor keinem Schritte scheuen würde, um die unbestrittenen Rechte der Kirche sicher zu stellen. Kein Bruch sei zwischen Kirche und Staat zu befürchten, so lange der Staat der Kirche dieselbe Freiheit zugesteh, die er für sich selber in Anspruch nehme.

**Spanien**. Madrid, 23. Jan. Auch die am zweiten Tage bekannt gewordenen Wahlergebnisse sind im Allgemeinen den Monarchisten günstig. — „Imparcial“ zufolge sollen die Wahlschafften Montpensier's in Oviedo wieder geringer geworden sein. (W. T.)

**Danzig**, den 25. Januar.

\* Bekanntlich ist es immer noch zweifelhaft, ob in diesem Jahre das Zollparlament berufen werden wird. Die preussische Regierung scheint auch nach Eintritt des Hrn. Camphausen in das Ministerium keine besondere Neigung zu entschiedenem Vorgehen in der Zolltarifffrage zu haben. Wenn — so sagen die wohlunterrichteten Berliner Correspondenten — das Zollparlament überhaupt berufen wird, so geschieht dies nur, um denselben einen Vertrag mit Mexico vorzulegen. Weiter also nichts? Seit Jahren haben die Nordprovinzen des Vaterlandes unter den Bestimmungen des Zollvereinstarifs schwer gelitten. Mit dem Insultentreten des Zollparlaments lebte die Hoffnung auf, daß die Zollgesetzgebung unter Mitwirkung der Vertreter der deutschen Nation endlich in Fluß gerathen und der Tarif, welcher unser Erwerbsleben beeinträchtigt und unsere Entwicklung zum Beseren verhindert hat, reformirt werden würde. Aber die Hoffnung, welche man auf diese Schöpfung einer nationalen Politik setzte, soll sich immer noch nicht erfüllen. Man scheint auch heute in Berlin nicht zu wissen, was man unsern lange vernachlässigten Provinzen schuldig ist. Selbst das Nothjahr hat noch nicht laut genug gesprochen. Es würde eine schwere Enttäuschung sein, wenn in diesem Jahre das Zollparlament nicht einberufen, oder wenn ihm die Regierung keine andere Vorlage zu machen wüßte, als einen Vertrag mit Mexico! Um so mehr freuen wir uns, zu erfahren, daß die Königsberger Kaufmannschaft beschlossen hat, bei der Staatsregierung in dieser Sache vorstellig zu werden und sie darauf aufmerksam zu machen, daß eine dritte Session des Zollparlamentes mit noch geringfügigerem Verathungsmateriale und noch dürftigeren Resultaten als die beiden ersten, diese Körperschaft bei einem großen Theile der Nation vollends discreditiren würde. Hoffentlich werden sich auch die anderen Handelskammern der Nordprovinzen rühren und nicht bloß die Handelskammern und landwirtschaftlichen Vereine, sondern auch die Bevölkerung selbst. Brennendere Fragen giebt es für unsere gesamte wirtschaftliche Entwicklung nicht, als diese; sie berührt alle Parteien gleichmäßig. Das ruhige Zusehen hat uns lange genug geschadet; wenn wir nicht energischer in der Vertretung unserer Interessen sein werden, so werden wir auch fernerhin hintangeseht werden.

\* [Im Handwerkerverein] fand gestern eine General-Versammlung statt, in der Hr. Admiralsitätssecretär Sielaff seinen Vortrag über die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens fortsetzte. — Demnächst erstattete der Hr. Vorsitzende Bericht über die von den hiesigen Orts- und Bildungsvereinen begründete Fortbildungsschule. Dieselbe hat einen erfreulichen Anfang genommen, da sie über 300 Theilnehmer gefunden hat. Die Unterhaltung der Schule erfordert einen monatlichen Aufwand von ca. 30 Mk. Der Vorstand wurde ermächtigt, den auf den Handwerkerverein treffenden Betrag von monatlich 1 Mk. 9 Pf. für 4 Monate zu zahlen. — Hr. Sielaff berichtete dann über die stattgefundene Revision, welche zu keinen Ausstellungen Veranlassung gegeben. Es sei ein Bestand von 304 Mk. 2 Pf. 6 A vorhanden gewesen. Die Versammlung ertheilte die Decharge. — Am nächsten Montag wird Hr. Dr. Möller über England als den Träger der Industrie und des Handels sprechen.

\* Am Sonntag hatte der Gesellenverein eine musikalisch-declamatorische Abendunterhaltung veranstaltet, deren Ertrag an Eintrittsgeld zum Besten der Hausbaukasse bestimmt war. In Folge der sehr zahlreichen Theilnahme floß eine nicht unbedeutende Summe der genannten Kasse zu, welche gegenwärtig sich bereits eines Vorkapitals von über 1400 Mk. erfreut. — Am Montag hielt Hr. Dr. Lampe einen Vortrag über das neue Maß und Gewicht.

\* Der Arbeiter Johann Noessel in Ohra wurde heute vom Schwurgerichte wegen schwerer Körperverletzung zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Die Anklage gegen den Rentebauer John Kauer Labudba aus Busdrowo wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen wurde vertagt.

\* [Unglücksfall.] Leider ist schon wieder von einem schweren Unglücksfall zu berichten, welcher auf der im Dod befindlichen K. Corvette „Augusta“ vorgekommen ist. Dem bei seiner Arbeit beschäftigten Schiffszimmergeiellen Hollasch fiel gestern eine 3 Fuß lange und ca. 3 Zoll dicke Planke aus einer Höhe von etwa 25 Fuß auf den Kopf, wodurch der Schädel gespalten und das Gehirn bloßgelegt wurde. Der Verunglückte wurde zwar sofort ins städtische Lazareth gebracht, man zweifelt aber an seinem Aufkommen.

\* [Polizeiliches.] Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde der Arbeiter G. im Irrenarten von dem Maurergefellen S. angefallen und durch einen Messerstich ins Genick erheblich verletzt; er fand sofort Aufnahme im Lazareth. — 1 Bund Schläfel, in der Junkergasse gefunden. — Ist in polizeiliche Afservation gegeben. — Verhaftet wurden 11 Personen; 6 Männer (2 wegen Knochen-grabens, 4 Obdachlose), 5 Frauenpersonen (4 wegen Umher-treibens, 1 Obdachlose).

\* Aus Neufahrwasser wird uns mitgetheilt: Am 22. d. Abends gegen 9 Uhr, kam der Arbeiter Bartisch an die Schleuse und wollte auf eins der dort liegenden Fahrzeuge gehen, der welcher Gelegenheit er ins Wasser fiel, welches mit einer nur dünnen Eisdede bezogen war. Der Binnenloose Bartels, der Wache auf dem Schiffe „Ulrich von Hutten“ hielt, hörte den Fall und sprang sofort vom Schiffe, legte sich auf eine Planke und rettete mit eigener Lebensgefahr den Hülfslosen. zc. Bartels hat wiederholt bei Rettung Schiffbrüchiger im Jahre 1867 in ehrenvoller Weise sich ausgezeichnet.

\* [Traject über die Weichsel.] Tereopol-Gulm zu Fuß über die Eisdede nur bei Tage, Warlubien-Graubenz zu Fuß über die Eisdede nur bei Tage, Gierwinst-Marienwerder zu Fuß über die Eisdede bei Tag und Nacht.

\* Thorn, 25. Jan. Hr. Gymnasial-Director Lehnerdt hat einen Ruf an das Gymnasium in Rendsburg erhalten, denselben jedoch abgelehnt. (Zd. 3.)

\* Thorn, 24. Jan. Wasserstand 2 Fuß. Das Eis geht in der ganzen Breite der Weichsel.

Insterburg. Am 21. d. verunglückten auf einem Arbeitszug der Thorn-Insterburger Bahn, welcher in Folge des starken Gefalles sehr heftig auf einige stehenden leeren Wagen stieß, zwei Bremser; der eine erlitt einen Beinbruch, der andere eine erhebliche Quetschung beider Beine.

— Der R. Eisenbahn-Baumeister Ostermeyer zu Hannover ist zur Ostbahn versetzt und demselben die commissarische Verwaltung der Betriebs-Inspector-Stelle zu Insterburg übertragen worden.

Memel. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch der vorigen Woche ist zwischen Garssen und Crottingen ein russischer Offizier und ein Husar von preussischen Schmugglerbanden erschossen worden.

**Zuschrift an die Redaction.**

Als Erwiderung auf den Artikel  $\Delta$  aus dem Verenter Kreise in No. 5580 d. Z. bemerke ich mir auch und im Namen meiner Consorten bei der Petition gegen die Verenter Kreis-



|                  |    |      |                    |                                 |            |       |                |
|------------------|----|------|--------------------|---------------------------------|------------|-------|----------------|
| de 35 Fl. Loofe  | —  | 32½  | etw b <sub>3</sub> | Hamburg kurz                    | 3          | 151½  | b <sub>3</sub> |
| idw. 20. K. & L. | —  | 18½  | b <sub>3</sub>     | do. 2 Mon.                      | 3          | 150½  | b <sub>3</sub> |
| Pr.-Anl. 1866    | 3  | 43   | b <sub>3</sub>     | London 3 Mon.                   | 3          | 6 22½ | b <sub>3</sub> |
| dische Loofe     | —  | 12   | b <sub>3</sub>     | Paris 2 Mon.                    | 2½         | 80½   | b <sub>3</sub> |
| r. 1854r Loofe   | 4  | 72½  | ⊗                  | Wien Defterr. W. 8 T.           | 5          | 82½   | b <sub>3</sub> |
| Creditloofe      | —  | 86½  | b <sub>3</sub>     | do. do. 2 Mon.                  | 5          | 81½   | b <sub>3</sub> |
| 1860r Loofe      | 5  | 80½  | b <sub>3</sub>     | Rugsburg 2 Mon.                 | 5          | 56 20 | b <sub>3</sub> |
| 1864r Loofe      | —  | 65   | b <sub>3</sub>     | Frankfurt a. M. 2 M.            | 4          | 56 22 | ⊗              |
| nier             | 3  | 93½  | b <sub>3</sub>     | Leipzig 8 Tage                  | 5          | 92½   | ⊗              |
| Eisenb.-Oblig.   | 7½ | 71½  | b <sub>3</sub>     | do. 2 Mon.                      | 5          | 99    | ⊗              |
| engl. Anl.       | 5  | 84½  | et b <sub>3</sub>  | Petersburg 3 Woch.              | 6          | 83    | b <sub>3</sub> |
| do. 1862         | 5  | 85   | ⊗                  | do. 3 Mon.                      | 6          | 82½   | b <sub>3</sub> |
| engl. Std. 1864  | 5  | 89   | ⊗                  | Warschau 8 Tage                 | 6          | 74½   | b <sub>3</sub> |
| holl. Lo.        | 5  | 89½  | ⊗                  | Bremen 8 Tage                   | 4          | 110½  | b <sub>3</sub> |
| engl. Anleihe    | 3  | 54   | et b <sub>3</sub>  | Gold- und Papiergeld.           |            |       |                |
| Pr.-Anl. 1864r   | 5  | 118½ | b <sub>3</sub>     |                                 |            |       |                |
| do. 1866r        | 5  | 118½ | b <sub>3</sub>     | Gr. D. m. R. 99½ b <sub>3</sub> | Nov. 5     | 12 ½  | b <sub>3</sub> |
| Anl. Striegl.    | 5  | 67   | b <sub>3</sub>     | ohne R. 39½ b <sub>3</sub>      | Debr. 111½ |       | b <sub>3</sub> |
| do.              | 5  | 80½  | et b <sub>3</sub>  | Defterr. W. 82½ b <sub>3</sub>  | Nov. 6     | 23½   | b <sub>3</sub> |
| Poln. Sch.-O.    | 5  | 84   | b <sub>3</sub>     | Poln. Wtn. —                    | Ukt. 9     | 9½    | b <sub>3</sub> |
| Flbdr. III. Em   | 4  | 70½  | ⊗                  | Auß. do. 75½ b <sub>3</sub>     | Ukt. 4     | 466   | b <sub>3</sub> |
| Flbdr. Liquid.   | 4  | 57½  | b <sub>3</sub>     | Dollars 1 11½ ⊗                 | Ukt. 29    | 23½   | b <sub>3</sub> |



